



## **Anwendung der AMiD-Ergebnisse bei den europäischen lokalen Behörden**

**Dezember 2019**



Das AMiD-Projekt wird vom Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds der Europäischen Union gefördert.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung stellt lediglich die Sichtweisen der Autoren dar und liegt allein in ihrer Verantwortung. Die Europäische Kommission übernimmt keine Verantwortung für die Verwendung der hierin enthaltenen Informationen.

## Inhaltsverzeichnis

<b>1 DER AUSGANGSPUNKT und die AMiD-VORSCHLÄGE.....</b>	<b>4</b>
<b>2 EINE NÄHERE BETRACHTUNG DER AMiD-RESSOURCEN.....</b>	<b>4</b>
2.1 Der AMiD-Beirat für Gemeinschaftsfragen (CAB, Community Advisory Board) .....	6
2.2 Das Bedarfsanalyseinstrument (NAT, Needs Assessment Tool) .....	6
2.3 Die AMiD-SCHULUNG .....	7
2.4 DIE NATIONALEN BERICHTE .....	8
<b>3 MULTILEVEL- und MULTISTAKEHOLDER-METHODIK .....</b>	<b>8</b>
<b>4 BEISPIELE aus den LOKALEN BEHÖRDEN .....</b>	<b>10</b>
4.1 Was die europäischen Regionen bereits tun: Erfahrungsbeispiele .....	12
<b>5 IN DIE TIEFE GEHEN: der RAHMEN für LOKALE BEHÖRDEN.....</b>	<b>14</b>
<b>Verweise (mit Hyperlinks).....</b>	<b>16</b>

Dieses Dokument wurde vom VRE-Sekretariat in enger Zusammenarbeit mit den VRE-Mitgliedern, die an den AMiD-Veranstaltungen teilgenommen haben, erstellt.

## Was ist eine Behinderung?

„[...] dass das Verständnis von Behinderung sich ständig weiterentwickelt und dass Behinderung aus der Wechselwirkung zwischen Menschen mit Beeinträchtigungen und einstellungs- und umweltbedingten Barrieren entsteht, die sie an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern, [...]“

- UN-BRK

## Wer ist ein Migrant?

Auf internationaler Ebene gibt es keine allgemeingültige Definition für „Migranten“. Diese Beschreibung wurde von der Internationalen Organisation für Migration (IOM) erarbeitet.

„Migrant/in“ ist ein völkerrechtlich nicht definierter Sammelbegriff, unter dem man allgemein eine Person versteht, die aus verschiedenen Gründen vorübergehend oder dauerhaft ihren üblichen Aufenthaltsort verlässt und an einen anderen Ort im gleichen Land oder in einem anderen Land zieht.

## 1 DER AUSGANGSPUNKT und die AMiD-VORSCHLÄGE

Lokale und regionale Regierungen werden aufgefordert, eine Reihe von Ansätzen zu ergreifen, die auf ein **interkulturelles Modell der Inklusion und Vielfalt** abzielen.

Die lokalen Behörden wünschen sich ein soziales Europa, das Diskriminierung bekämpft, um sicherzustellen, dass alle Menschen Zugang zu „einer Freiheit nicht von der Gesellschaft, sondern durch die Gesellschaft“ haben.

Im Hinblick auf **Migranten und Flüchtlinge mit Behinderungen** besagt die [Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates](#), dass „die Aufnahme von Menschen mit besonderen Bedürfnissen ein vorrangiges Anliegen der nationalen Behörden sein sollte, um sicherzustellen, dass ihre Aufnahme speziell auf ihre besonderen Aufnahmebedürfnisse zugeschnitten ist“.

Um diese Ziele zu erreichen, hat das AMiD-Projekt zwei wichtige Punkte herausgearbeitet:

- Das Fehlen eines gemeinsamen Ansatzes der europäischen lokalen Behörden
- Die unzureichende Zusammenarbeit zwischen Nichtregierungsorganisationen, lokalen Behörden und Einrichtungen der Europäischen Union. Es gibt keine gemeinsame Strategie

Bei der Implementierung des Projekts erachteten die regionalen und lokalen Behörden die folgenden möglichen Lösungen als nützlich:

- Die Herbeiführung eines gemeinsamen Ansatzes: die Einführung und Einrichtung eines gemeinsamen Instruments, des Bedarfsanalyseinstruments (NAT, Needs Assessment Tool)
- Einigung auf Zusammenarbeit: Arbeit an einer gemeinsamen Methodik, wie sie schon im Beirat für Gemeinschaftsfragen (CAB, Community Advisory Board) praktiziert wird

## 2 EINE NÄHERE BETRACHTUNG DER AMiD-RESSOURCEN

Um die Probleme im Zusammenhang mit dem gemeinsamen Ansatz oder einer besseren Zusammenarbeit zu bewältigen, gab es mehrere mögliche nützliche Lösungen. An dieser Stelle möchten wir die während des AMiD-Projekts erarbeiteten, festgelegten und durchlebten Lösungen vorstellen. Diese Lösungen wurden ausgewählt, weil sie funktioniert haben.

Kurz gesagt, jedes dieser Ergebnisse entspricht einem anderen Aspekt oder Schritt des Prozesses:

- der CAB als ein Raum, in dem verschiedene Standpunkte gesammelt werden können und der eine Möglichkeit zur Zusammenarbeit bietet

- das NAT als Instrument, das darauf abzielt, die Vorgehensweisen der verschiedenen Akteure in den Bereichen Migration und Behinderung aufeinander abzustimmen
- Die SCHULUNGSMODULE als Unterstützung, um sicherzustellen, dass die erforderlichen Kenntnisse über Behinderungen und Migration sowie Fachwissen zur Anwendung der AMiD-Instrumente vorhanden sind
- Die NATIONALEN BERICHTE, um tiefere Einblicke in die Themen Migration und Behinderungen in vier europäischen Ländern zu verschaffen

In den folgenden Abschnitten werden die einzelnen Ergebnisse ausführlicher betrachtet.

## 2.1 Der AMiD-Beirat für Gemeinschaftsfragen (CAB, Community Advisory Board)

Seien wir ehrlich: Der CAB selbst ist nichts vollkommen Neues und auch keine umfassende, vollständige Methode, die man befolgen kann. An dieser Stelle möchten wir das Konzept vorstellen.

Der CAB basiert auf einem gemeinsamen Interesse: Lösungen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Akteuren zu finden, die am gleichen Thema arbeiten.

Er kann als eine Mischung aus einer Interessengruppe und einer Beratergruppe betrachtet werden.

Das NAT ist die konkrete Umsetzung des Multistakeholder-Ansatzes im Rahmen des AMiD-Projekts. Lokale Behörden, Organisationen aus den Bereichen Behinderungen und Migration und Verbände zur Armutsbekämpfung saßen am selben Tisch.

Bei dieser Gruppe ist vor allem die Festlegung eines genauen, konkreten Ziels wichtig. Der zweite wichtige Faktor war die Auswahl der Behörden, Organisationen und Verbände, die teilnehmen sollten.

Ein guter Moderator und einige inoffizielle, produktive Unterhaltungen zwischen den Beteiligten taten ihr Übriges.

Der CAB brachte einen deutlichen Mehrwert für das Projekt. Bei der Arbeit an einem konkreten Instrument, dem NAT, berücksichtigten die CAB-Mitglieder die Interessenpunkte der einzelnen Vertreter in der Gruppe. Dadurch wurde das Instrument bereits vor der Testphase verbessert.

Ein weiterer positiver Effekt des CAB war, dass die Mitglieder Verantwortungsbewusstsein zeigten. Wenn man sich über etwas (Instrument, Aktivität, Ziel) austauscht, dazu beiträgt, Vorschläge macht und darüber diskutiert, entwickelt man ein Gefühl der Verantwortung dafür. Das war bei den CAB-Mitgliedern, die als Redner oder Fürsprecher gegenüber hochrangigen EU-Beamten auftraten, deutlich zu sehen. Sie wurden die besten Botschafter für Migranten mit Behinderungen.

## 2.2 Das Bedarfsanalyseinstrument (NAT, Needs Assessment Tool)

Das [NAT \(Bedarfsanalyseinstrument\)](#) soll alle Arten von Behörden, Organisationen und Fachleuten unterstützen, um die effiziente Verwaltung der Aufnahme und Integration von Asylsuchenden und Migranten mit Behinderungen zu verbessern.

Um das NAT zusammenzufassen, muss man wissen, dass:

- es auf einem Menschenrechtsansatz basiert
- es so zugänglich und benutzerfreundlich wie möglich konzipiert und entwickelt wurde
- die im NAT enthaltenen Fragen offen formuliert sind. Dies gibt dem Migranten die Möglichkeit, seine Bedürfnisse und Wünsche auszudrücken, ohne sich unter Druck gesetzt zu fühlen, auf „direktere“ Fragen antworten zu müssen.

- ein optionaler druckfertiger Bericht die erhobenen Informationen zusammengefasst darstellt
- damit wertvolle Daten zu Migranten mit Behinderungen zusammengetragen werden
- es in 14 Sprachen (aus aller Welt) verfügbar ist

Eine wichtige Besonderheit war, dass das NAT auf einem Selbsteinschätzungsansatz basiert. Dieser dient dazu, jegliche kulturellen Differenzen, die auf persönlicher oder kultureller Wahrnehmung basieren, zu überwinden, aber auch nachhaltige und inklusive Lösungen zu gewährleisten, die vor allem auf den Migranten zugeschnitten sind.

Dabei ist zu erwähnen, dass man kein Experte für Medizin, Psychologie, Behinderung, Migration oder andere verwandte Gebiete sein muss.

Das NAT eignet sich für verschiedene Tätigkeitsprofile, z. B. für Beamte in Registrierungs- und Aufnahmestellen, Sozialarbeiter, Sachbearbeiter der Asylbehörde, Mitarbeiter, die direkt mit Migranten arbeiten, Manager/Verwalter von Nichtregierungsorganisationen, Verwaltungsbeamte, Freiwillige, ....

Um sicherzustellen, dass Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen das NAT optimal anwenden können, wurde eine spezielle Schulung entwickelt (weitere Informationen im Abschnitt über Schulungen).

Das NAT steht kostenlos zur Verfügung auf <https://amidproject.eu/en/about>.

### 2.3 Die AMiD-SCHULUNG

Ziel der Schulung ist es, den Rechtsrahmen für die am Migrationsprozess beteiligten Mitarbeiter festzulegen, sie zu stärken und ihnen die nötigen Kenntnisse zu vermitteln.

Die AMiD-Schulung besteht aus den folgenden Modulen:

**Modul I** – Behinderung und Migration: Der politische und rechtliche Rahmen auf europäischer und internationaler Ebene

- Im Mittelpunkt stehen Menschenrechte, EU-Politik und Rechtsrahmen für Behinderte und Migration

**Modul II** – Behinderung und Migration: Vielversprechende Vorgehensweisen aus der Praxis

- Hier werden aussichtsreiche Vorgehensweisen in den Bereichen Migration und Behinderung vorgestellt

**Modul III** – Personalisierte und integrierte Dienste

- Hier werden die Grundsätze der personalisierten Planung und Integration von Diensten und Begünstigten dargelegt

**Modul IV** – Bedarfsanalyseinstrument und erfolgreiche Kommunikation

- Alles über das NAT, seine Anwendung und die Kommunikation während der Einreichung des NAT und der Datenerfassung

Die Schulungen sind auf Englisch, Französisch, Deutsch, Griechisch und Italienisch [online verfügbar](#).

## 2.4 DIE NATIONALEN BERICHTE

Nur ein nationaler Bericht kann ein umfassenderes Bild zu einem Thema vermitteln, zu dem es bislang nur wenige Daten gibt. Hier wird die Situation genauer betrachtet, um Lücken und Herausforderungen im bestehenden Behindertensektor und die für Migranten mit Behinderungen verfügbaren Dienste zu ermitteln und zu analysieren. Im Mittelpunkt der Berichte stehen Österreich, Griechenland, Finnland und Italien.

Ein länderübergreifender Bericht fasst alle wesentlichen Ergebnisse aus den verschiedenen Analysen zusammen.

Alle genannten Berichte und eine länderübergreifende Kurzfassung sind auf Englisch [online verfügbar](#).

## 3 MULTILEVEL- und MULTI-STAKEHOLDER-METHODIK

Im Hinblick auf Migration ist die Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen Regierungen, lokalen und regionalen Behörden, der Zivilgesellschaft und anderen wichtigen Interessengruppen unerlässlich.

Dieser Ansatz hat für die Bildung eines Sozialkapitals gesorgt, das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt unverzichtbar ist. Die Inklusionspolitik zielt darauf ab, die derzeitige Ungleichheit zu verringern, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

Der Rahmen wird von den Regierungen und lokalen und regionalen Behörden festgelegt. Das gilt sowohl für den rechtlichen als auch politischen Rahmen. Die lokalen und regionalen Behörden sorgen dafür, dass die Menschenwürde respektiert und der in den Richtlinien festgelegte Zugang zu Dienstleistungen gewährleistet wird. Dienste können auf unterschiedliche Weisen erbracht werden, vom Staat, der Zivilgesellschaft oder beiden.

Die Organisationen der Zivilgesellschaft spielen eine wichtige Rolle bei der Erbringung von Dienstleistungen für diejenigen, die nach Europa kommen, bei der Förderung der Beteiligung von Migranten am gesellschaftlichen Leben, bei der Sensibilisierung für Vielfalt und die Vorteile der Migration, bei der Förderung des interkulturellen Dialogs sowie bei der Befürwortung einer menschenrechtsbasierten Steuerung der Migration.

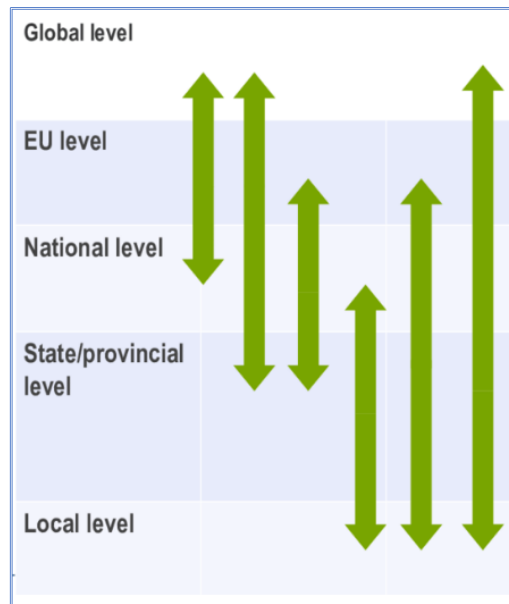
Die Behörden stehen vor der Herausforderung, Menschen aus verschiedenen Gesellschaftsschichten zusammenzubringen und ihnen dabei zu helfen, die Hindernisse für die Teilnahme und soziale Inklusion zu überwinden, die bestimmte Untergruppen der Migranten und Asylbewerber betreffen.



Migranten oder Flüchtlinge sollen durch die Aufnahme und Integration ihre Unabhängigkeit erlangen und an den Gesellschaften, die sie aufnehmen, teilhaben. Diese Menschen sollen ein Gefühl der Zugehörigkeit aufbauen und ihre Rechte als Staatsbürger voll ausüben können.

Ein Multi-Stakeholder- und Multilevel-Ansatz ist umfassend genug, um einen transparenten, offenen und inklusiven politischen Entscheidungsprozess zur Steigerung der politischen Wirksamkeit, Kohärenz und der Förderung von Budgetsynergien zu ergreifen.

Wie funktioniert das in der Praxis? Mithilfe der folgenden Abbildung können Sie sich einen Eindruck von den Zusammenhängen zwischen den verschiedenen Ebenen und Akteuren verschaffen.



Quelle: „Horizontal and Vertical Reinforcement in Global Climate Governance“ von Martin Jänicke

Dieses Dokument soll diese Methodik nicht vollständig darstellen. Eine eingehendere Betrachtung der Anwendung und der Auswirkungen der Multistakeholder- und Multilevel-Methodik finden Sie in diesen online verfügbaren Leitfäden für Behörden:

- [„Multi-stakeholder governance model“](#) (auf Englisch)
- [„Handbook for Multilevel Urban Governance in Europe“](#) (auf Englisch)

#### 4 BEISPIELE aus den LOKALEN BEHÖRDEN

Die europäischen Regionen spielen eine entscheidende Rolle bei der Aufnahme und Integration von Migranten und Flüchtlingen. Die Regionen und Städte setzen sich auch für eine bessere Koordinierung zwischen den verschiedenen Regierungsebenen bei der Steuerung der Migration ein – vor allem, wenn die nationalen Regierungen die Vorteile der Einbeziehung der regionalen und lokalen Behörden in die Gestaltung und Umsetzung der Migrationspolitik vernachlässigen.

Die europäischen Regionen betonen, dass der Migrantenstatus ein vorübergehender Zustand im Leben eines Menschen ist und niemals die Rechte oder die Menschenwürde aufheben sollte.

Menschen, die ihr Heimatland verlassen haben und in europäische Länder gekommen sind, sind keine Immigranten mehr; sie werden zu Bürgern, die das gesellschaftliche Leben in unseren Dörfern, Bezirken und Städten bereichern. Die Herausforderungen, mit denen die europäischen Regionen konfrontiert werden, gehen über die Steuerung der Migrationsströme hinaus. Die größte Herausforderung besteht darin, die Inklusion in eine Gesellschaft zu gewährleisten, die pluralistisch und vielfältig ist und sich auch so sieht.

Und mit ebendieser Herausforderung müssen sich bürgernahe Verwaltungen auseinandersetzen und ihr einen viel größeren Stellenwert im Regierungsalltag einräumen. Die folgenden Beispiele zeigen, was die lokalen Behörden, in diesem Fall die Regionen, bereits tun. Hoffentlich werden diese Beispiele andere lokale und regionale Behörden inspirieren, den gleichen Weg zu wählen.

Darüber hinaus beweisen die unten aufgeführten Beispiele, dass die Multi-Stakeholder- und Multilevel-Methodik funktioniert.

#### 4.1 Was die europäischen Regionen bereits tun: Erfahrungsbeispiele

- [Projekt „Integra“](#) der Region Murcia (Spanien)  
Bei „Integra“ geht es um die Integration in den Arbeitsmarkt als Methode der sozialen Integration von Flüchtlingen in der Region Murcia. Das Projekt wird in enger Zusammenarbeit mit Organisationen der Zivilgesellschaft durchgeführt. Nur so kann ein personalisierter Dienst erbracht werden. Die Zusammenarbeit wurde mithilfe eines Protokolls begründet.
- [Zweitsprache und interkulturelle Mediation](#) der Region Emilia-Romagna (Italien)  
Für die Region Emilia-Romagna ist dies eine der Säulen zur Eingliederung von Migranten in die Gesellschaft. Die Region arbeitet mit öffentlichen Schulen, gemeinnützigen Organisationen, Kommunen, anderen öffentlichen Einrichtungen und den lokalen Gemeinschaften zusammen. Auf diese Weise lässt sich der Anstieg der Migranten und Flüchtlinge von 2 Prozent auf über 10 Prozent in weniger als zehn Jahren bewältigen. Die Zusammenarbeit und Koordinierung mit der Zivilgesellschaft wurde über eine Partnerschaft festgelegt.
- Programm zur Unterstützung, Förderung und Einbindung junger Flüchtlinge, verschiedene Bundesländer in Deutschland.  
Mit diesem Programm sollten jungen Flüchtlingen Perspektiven für ihre Zukunft in Deutschland aufgezeigt werden. Die Unterstützung beinhaltet den Zugang zu Sozialleistungen, Aus- und Weiterbildung und ermöglichte einen erfolgreichen Übergang von der Schule ins Berufsleben. Das Programm wurde von einer gemeinnützigen Organisation in Zusammenarbeit mit lokalen und regionalen Behörden entwickelt.
- [Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung 2018-2020](#) der Region Brüssel-Hauptstadt (Belgien)  
Der Aktionsplan ist ein Beispiel für einen umfassenden und multiperspektivischen Plan, der auf 29 konkreten Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung und zur Förderung von Respekt, Toleranz und Solidarität innerhalb der Gesellschaft basiert. Mehrere Organisationen der Zivilgesellschaft sind über eine Beratungsplattform an dem Projekt beteiligt.
- Autonome Provinz Vojvodina – [Projekt: „Supporting the adequate and sustainable housing of Roma in Odžaci - Every Roma to have a home“](#)  
(Unterstützung der angemessenen und zukunftsfähigen Unterbringung von Roma in Odžaci – ein Zuhause für alle Roma), gefördert von der Europäischen Union und der nationalen Regierung. Das Projekt sollte zu einer nachhaltigen Politik der sozialen Eingliederung beitragen und Möglichkeiten für einen höheren Lebensstandard für die gefährdete Roma-Bevölkerung schaffen. Dieses Projekt ist ein hervorragendes Beispiel für eine Multilevel-Zusammenarbeit.

Eine der interessantesten Erkenntnisse ist, dass die Koordination zwischen verschiedenen Regierungsebenen und Organisationen alle möglichen Formen

annehmen kann: offizielle Vereinbarungen, Protokolle, Partnerschaften, Weißbücher, offene Konsultationen und vieles mehr.

Aber warum entscheiden sich die lokalen und regionalen Behörden für diese Methodik oder sollten es tun?

Aus mehreren Gründen. Häufig wurden Organisationen der Zivilgesellschaft von den lokalen Behörden als Option genannt, um personalisierte Dienste für Migranten zu ermöglichen. Und diese Dienstleistungen sind bekanntlich ein wirksames Mittel, das positive Auswirkungen für Migranten hat.

Und oft war diese einfache Antwort zu hören: „Regionen wenden sich an Interessengruppen, weil dadurch etwas bewirkt wird!“

## 5 IN DIE TIEFE GEHEN: der RAHMEN für LOKALE BEHÖRDEN

Die Integration von Migranten ist zu einem der wichtigsten Themen auf der europäischen politischen Agenda geworden – und eines, das starke Spannungen zwischen den Mitgliedstaaten hervorruft.

Im Mai 2015 schlug die Europäische Kommission (EK) eine Strategie vor, um auf die Krisensituation im Mittelmeerraum zu reagieren und die Migration mittel- bis langfristig in den Bereichen irreguläre Migration, Grenzen, Asyl und legale Migration durch die [Europäische Migrationsagenda](#) besser zu steuern. Da die vollständige Umsetzung vor Ort jedoch nicht gelang, schlug die EK einen politischen Strategieplan vor, um bis Juni 2018 eine umfassende Einigung darüber zu erzielen, wie eine zukunftsfähige Migrationspolitik verfolgt werden kann, einschließlich der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und der Überarbeitung der Dublin-Verordnung.

Um die Migrationsdebatte voranzubringen, verabschiedete der [Europäische Rat am 28. Juni 2018](#) Schlussfolgerungen zur künftigen EU-Migrationspolitik, in denen sich die Staats- und Regierungschefs der EU verpflichteten, die Arbeit an der Dublin-Verordnung und dem Vorschlag für Asylverfahren fortzusetzen (Hintergrundinformationen über die [Reform der EU-Asylvorschriften](#) und [Migrationspolitik](#)).

Migration stand auch ganz oben auf der Tagesordnung der EU-Versammlung der lokalen und regionalen Vertreter, dem Ausschuss der Regionen (AdR). In einer im März 2018 verabschiedeten Stellungnahme mit dem Titel „[Implementation of the European Agenda on Migration](#)“ (Umsetzung der europäischen Migrationsagenda) äußerte sich der AdR besorgt über die Herausforderungen, mit denen Inseln und Küstenregionen im Mittelmeerraum konfrontiert werden, und forderte eine stärkere Unterstützung für Städte und Regionen sowie Grenzländer, die bei der Aufnahme, Verwaltung und Integration von Migranten und Flüchtlingen an vorderster Linie stehen. Zuvor hatte der AdR eine Stellungnahme zur [Europäischen Migrationsagenda](#) (2015) verabschiedet und Empfehlungen für die Reform des [Gemeinsamen Europäischen Asylsystems](#) (2016), [legale Migration](#) (2016) und einen [Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen](#) (2016) veröffentlicht.

Migration und Integration standen auch im Mittelpunkt der Arbeit des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates. Der Kongress hat mehrere Texte verabschiedet, darunter die Erklärung „[The reception of refugees in Europe](#)“ (Aufnahme von Flüchtlingen in Europa, 2015) und die Resolutionen „[Unaccompanied refugee children: the role and responsibilities of local and regional authorities](#)“ (Unbegleitete Flüchtlingskinder: Rolle und Verantwortung der lokalen und regionalen Behörden, 2018) sowie „[Regional and minority languages in Europe today](#)“ (Aktuelle Regional- und Minderheitensprachen in Europa, 2017). Weitere Referenztexte finden Sie [hier](#).

Die Vereinten Nationen (UN) haben sich ihrerseits im Juli 2018 auf den allerersten [globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration](#) geeinigt, der alle Aspekte der internationalen Migration ganzheitlich und umfassend behandelt. Mit

dieser Vereinbarung und einem ressortübergreifenden Ansatz zur Gewährleistung der horizontalen und vertikalen politischen Kohärenz über alle Sektoren und **Regierungsebenen** hinweg hoffen die Mitgliedstaaten, Bedingungen zu schaffen, die es Migranten ermöglichen, die Gesellschaften zu bereichern und ihren Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu leisten, indem sie das Potenzial der Migration für die Umsetzung der [Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung \(SDGs\)](#) nutzen.

Die Gewährleistung der Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen gilt als wichtiger Faktor für die Teilhabe an und Eingliederung in die Gesellschaft. In dieser Hinsicht befassen sich sowohl das [Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) (UN-Behindertenrechtskonvention, UN-BRK) als auch die [Europarat-Strategie für Menschen mit Behinderungen 2017-2023](#) mit der Gleichstellung und Chancengleichheit für Menschen mit Behinderungen. Artikel 5 der UN-BRK verpflichtet die Staaten, positive Maßnahmen zu ergreifen, um die Gleichstellung für alle in der UN-Behindertenrechtskonvention festgelegten materiellen Rechte zu gewährleisten.

Die Herausforderungen in Bezug auf Migration, Behinderung und Integration sind äußerst vielschichtig. Die europäischen Regionen und lokalen Behörden haben bei der Förderung der Integration von Migranten und Flüchtlingen eine wichtige Rolle gespielt und zu ihrer sozialen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Eingliederung beigetragen. Die Regierungen der EU und der Mitgliedstaaten sollten jedoch dafür sorgen, dass das mehrstufige Migrationssteuerungssystem funktioniert, und ihre Unterstützung für Regionen und lokale Behörden ausbauen, damit sie ihre grundlegende Rolle bei der Integration von Neuankömmlingen und der Schaffung integrativer Gemeinschaften wahrnehmen, um die Vorteile der Vielfalt zu nutzen und solidarische Gesellschaften aufzubauen.

### Artikel 13

„Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen.

Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren.“

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

## Verweise (mit Hyperlinks)

Die Referenzen sind wie im Dokument angeführt aufgelistet.

Das AMiD-[NAT \(Needs Assessment Tool – Bedarfsanalyseinstrument\)](#)

Die vier [AMiD-Schulungsmodule](#)

Die vier [nationalen Berichte und der länderübergreifende AMiD-Bericht](#).

[Richtlinie 2013/32/EU des Europäischen Parlaments und des Rates](#)

[„Horizontal and Vertical Reinforcement in Global Climate Governance“ von Martin Jänicke](#)

[Multi-stakeholder governance model](#)

[Handbook for Multilevel Urban Governance in Europe](#)

[Projekt „Integra“](#) der Region Murcia (Spanien)

[Zweitsprache und interkulturelle Mediation](#) der Region Emilia-Romagna (Italien)

[Aktionsplan gegen Rassismus und Diskriminierung 2018-2020](#) der Region Brüssel-Hauptstadt (Belgien)

[Projektbeschreibung „Supporting adequate and sustainable housing of Roma in Odzaci“](#)

Mitteilung [„Supporting the adequate and sustainable housing of Roma in Odzaci - Every Roma to have a home“](#).

[Europäische Migrationsagenda](#)

[Europäischer Rat am 28. Juni 2018](#)

[Reform der EU-Asylvorschriften](#) und [Migrationspolitik](#) (2016)

Ausschuss der Regionen: [Implementation of the European Agenda on Migration](#)

[Gemeinsames Europäisches Asylsystem](#)

[Aktionsplan für die Integration von Drittstaatsangehörigen](#)

„[The reception of refugees in Europe](#)“ (2015)

„[Unaccompanied refugee children: the role and responsibilities of local and regional authorities](#)“ (2018)

„[Regional and minority languages in Europe today](#)“ (2017). Weitere Referenztexte zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

[Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration](#)

[Agenda 2030 und ihre Ziele für nachhaltige Entwicklung \(SDGs\)](#).

[Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen](#) (UN-BRK)

[Europarat-Strategie für Menschen mit Behinderungen 2017-2023](#)





Ziel des Projekts [AMiD – Access to services for Migrants with Disabilities](#) (Zugang zu Diensten für Migranten mit Behinderungen) ist es, eine effiziente Abwicklung der Aufnahme und Integration von Asylbewerbern und Migranten mit Behinderungen in der EU zu unterstützen.

Die lokalen Behörden sind ein wichtiger Partner im Verbund. Der Kreis Timiș (Rumänien), die Provinz Värmland (Schweden) und die Autonome Gemeinschaft Valencia (Spanien) haben sich aktiv am AMiD-Beirat für Gemeinschaftsfragen (CAB) beteiligt. Im AMiD CAB kamen Partnermitglieder, europäische Regionen und externe Experten von Dienstleistungsanbietern zusammen.

## Partners

